



















Potsdam, 20. März 2024

Pressemitteilung

Gemeinsame Resolution gegen Rassismus und Diskriminierung: Menschen mit Migrationsgeschichte für Gesundheitsversorgung unverzichtbar!

Internationaler Tag gegen Rassismus am 21. März

Maßgebliche Akteure der Brandenburger Gesundheitsversorgung haben heute, vor dem Internationalen Tag gegen Rassismus (21. März), eine gemeinsame Resolution gegen Hass und Diskriminierung sowie für Toleranz und Vielfalt veröffentlicht. Darin betonen sie: "Hass, Gewalt und Hetze, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus, Extremismus, Diskriminierung und die Ablehnung demokratischer Werte stellen nicht nur eine konkrete Gefahr für viele Menschen innerhalb unserer Gesellschaft dar, sondern gefährden auch die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in unserem Land. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationsgeschichte sind für unsere Gesundheitsversorgung unverzichtbar!"

Die Resolution haben gemeinsam veröffentlicht: Landesärztekammer Brandenburg, Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg, Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg, Verband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Brandenburg und Berlin, Landeszahnärztekammer Brandenburg, Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg, Landesapothekerkammer Brandenburg, Apothekerverband Brandenburg, Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer und das Brandenburger Gesundheitsministerium.

Gesundheitsministerin **Ursula Nonnemacher**: "Ohne das großartige Engagement der vielen Beschäftigten mit Migrationsgeschichte würde unser Gesundheitswesen nicht funktionieren. Gerade in den Gesundheitsberufen wie der Altenpflege sowie bei Ärztinnen und Ärzten der Human- und Zahnmedizin leisten bereits heute überdurchschnittlich viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte einen unverzichtbaren Beitrag. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die in den vergangenen Wochen ihre Stimme gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus und für Zusammenhalt, Toleranz und Vielfalt erhoben haben."

Frank-Ullrich Schulz, Präsident der Landesärztekammer Brandenburg: "Ohne ausländische Ärztinnen und Ärzte wäre eine flächendeckende medizinische Versorgung in Brandenburg nicht mehr möglich. Es ist daher besonders wichtig, den ausländischen Kolleginnen und Kollegen aufgeschlossen und vorurteilsfrei entgegenzukommen und eine Kultur des Pluralismus, der Toleranz und Kompromissfähigkeit zu leben und sich dabei Tendenzen entgegenzustellen, die solche demokratischen und freiheitlichen Prinzipien missachten."

Catrin Steiniger, Vorsitzende des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg: "Für uns, die Vertragsärzte- und Vertragspsychotherapeutentschaft im Land Brandenburg, ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung nicht verhandelbar. Wir Freiberuflerinnen und Freiberufler sind eine Wertegemeinschaft und stehen für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Integration. Ich begrüße daher diese gemeinsame Initiative der Gesundheitsberufe gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung sowie Extremismus sehr."

Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg: "Als häufig größter Arbeitgeber vor Ort ist es für uns in den Krankenhäusern gelebte Normalität, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unabhängig von Migrationshintergründen, unterschiedlichen Religionen oder Lebensweisen als Team die Bevölkerung bestmöglich zu versorgen. Umso wichtiger ist es, dass in der Bevölkerung Offenheit und Toleranz gelebt und ein Klima des Miteinanders geschaffen wird. Das ist eine der notwendigen Voraussetzungen, auch zukünftig für alle Bürgerinnen und Bürger die Versorgung in den Krankenhäusern aufrecht zu erhalten."

Dr. med. Eberhard Steglich, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Land Brandenburg: "Demografische Entwicklung und Fachkräftemangel stellen die zahnmedizinische Daseinsvorsorge vor große Herausforderungen. Deshalb tragen auch unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund maßgebend dazu bei, die Versorgungsqualität im Land aufrecht zu erhalten. Gemeinsam stehen wir für kulturelle Vielfalt, Toleranz und berufliche Leidenschaft im Dienste unserer Patientinnen und Patienten - völlig unabhängig von Herkunft oder Hautfarbe."

Jürgen Herbert, Präsident der Landeszahnärztekammer Brandenburg: "Ausländische Mitarbeiter sind sehr wichtig für unser Gesundheitswesen. Auf der anderen Seite fehlen diese dann natürlich auch in ihren oft armen Herkunftsländern. Deswegen ist der Weg mit der MHB in Brandenburg Zahnärzte auszubilden wichtig und sollte von der Brandenburgischen Landesregierung gefördert werden."

Dr. Katharina Krause, Vorsitzende des Verbands der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Brandenburg und Berlin: "Wir haben die gemeinsame Resolution unterzeichnet, weil wir fest daran glauben, dass eine Gesellschaft nur dann gedeihen kann, wenn wir uns gegenseitig mit Respekt und Würde behandeln. Diskriminierung von Menschen bedroht nicht nur das Wohlergehen Einzelner, sondern auch das Zusammenleben als Ganzes. Es ist unsere Verantwortung aktiv dagegen einzutreten und für eine friedliche und inklusive Gesellschaft einzustehen."

Jens Dobbert, Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg: "Die Landesapothekerkammer Brandenburg steht unmissverständlich gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung ein. Jeder Mensch verdient Respekt, unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung oder sozialen Situation. Wir leben einen solidarischen Umgang miteinander und pflegen gegenseitige Wertschätzung als grundlegende Prinzipien unserer Arbeit. Aktiv setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, die von Respekt und Gleichberechtigung geprägt ist. Brandenburgische Apotheken sind Orte der Solidarität und des Zusammenhalts, in denen Vielfalt geschätzt und gefördert wird. Das ist für uns ein Selbstverständnis."

Olaf Behrendt, Vorstandsvorsitzender des Apothekerverbands Brandenburg e.V.: "Die Apothekerinnen und Apotheker sind als Teil der Freien Heilberufe auf eine offene freiheitliche Gesellschaft angewiesen. Nur in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft können die für die Gesellschaft existenziellen Aufgaben wirkungsvoll und am Gemeinwohl orientiert erfüllt werden."

Dr. Gregor Peikert, Präsident der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer: "Menschen mit Migrationsgeschichte bereichern unsere Gesellschaft und sind längst Teil von ihr geworden. Ich habe großen Respekt vor meinen Kolleginnen und Kollegen, die in anderen Ländern aufwuchsen, die deutsche Sprache lernten, hier ausgebildet wurden und nun als Psychotherapeuten arbeiten. Ihre Erfahrungen, ihre Sichtweisen und ihre Sensibilität für kulturelle Besonderheiten können dazu beitragen, dass wir uns selbst besser verstehen."

Hintergrund

Laut dem Statistischen Bundesamt haben in Berufen der Altenpflege 30 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren eine Einwanderungsgeschichte, bei Ärztinnen und Ärzten der Human- und Zahnmedizin beträgt der Anteil 27 Prozent (Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/...).